

# Bürger-Union

# BU

BÜRGER-UNION  
WÄHLERVEREINIGUNG

GÜGLINGEN · FRAUENZIMMERN · EIBENSACH

Joachim Esenwein

Güglingen, im Dezember 2013

Die Stadt Güglingen legt einen Haushalt vor, der es einem leicht machen sollte, sich zurückzulehnen und zufrieden auf die Zukunft zu schauen. Solche Zahlen können eine sedierende Wirkung haben und sie machen einen eventuell satt, so dass Herausforderungen situativ, aber nicht perspektivisch und strukturiert angefasst werden.

*Im Güglinger Haushalt stecken für die Zukunftsgestaltung interessante Basisdaten:*

- die Zuführungsraten zum Vermögenshaushalt bleiben trotz hoher Gewerbesteuererinnahmen auf einem im Vergleich der letzten 10 Jahre niedrigen Niveau
- für Personal stiegen die Ausgaben von 2008 bis 2014 um 1.1 Mio Euro um über 31%
- Steuern einschließlich der Schlüsselzuweisungen machen knapp 70% der Gesamteinnahmen der Stadt aus
- fast 45% der kommunalen Steuereinnahmen fließen dann als Umlagen wieder aus dem Güglinger Stadtsäckel hinaus
- wenn die Konjunktur stottert, die Wirtschaftslage sich verschlechtert, zeigt sich die Anfälligkeit der Stadt und die Problematik der „SOWIESO“-Kosten, die sich dann als Belastungen herausstellen und durch einfache Einsparungen nicht gemeistert werden können.

Auf dem Aktienmarkt würde unsere Aktie als hochvolatil gehandelt und Investitionen in diese Aktie wären erst lohnenswert, wenn die Stärken und Potentiale dieser Stadt heraus gemeißelt, entwickelt und verbreitert würden.

So lebt immer wieder aufs Neue das Prinzip Hoffnung, besonders bezüglich der großen Gewerbesteuerzahler und ihrer Entwicklungen im globalen Umfeld.

In der real existierenden Finanzkrise leben wir wie auf einer „Insel der Glückseligen“, um der Aussage unseres leider zu früh verstorbenen Stadtrats Herbert Grotz eine andere Richtung zu geben.

Genau in diesen Zeiten, die auch durchaus wie der „Tanz auf dem Vulkan“ empfunden werden könnten, muss unser Augenmerk gezielt auf nachhaltigen Entwicklungen liegen, die unser Handeln bestimmen.

### **Lassen Sie mich zwei Punkte zur sozialen Nachhaltigkeit darstellen:**

Das Familienzentrum ist eine unserer Einrichtungen, die sich zum Leuchtturm entwickeln könnten. Dabei sollten Eltern in den Focus genommen werden und Unterstützungssysteme für Erziehung und Bildung intensiviert werden. Die Integrationsarbeit mit der Verdichtung ehrenamtlicher Unterstützungen kann darin eine weitere interkulturelle Aufgabe sein. Hier können wir ein Zentrum entwickeln, das ein neuer Ausgangspunkt für gelebte Nachbarschaft im weiteren Sinne werden kann.

In der schulischen Infrastruktur haben wir uns mit den Investitionen in die Realschule gut aufgestellt. Zum Zurücklehnen besteht allerdings kein Anlass. Wenn Nordheim in die Gemeinschaftsschule sieben Millionen Euro investiert, zeigt dies, dass wir nur einen Teilschritt mit dem großen Brocken Naturwissenschaften gehen. Viele Klassenzimmer, müssen neben den Anregungen die Friedrich Sigmund gab, mittelfristig in Angriff genommen werden. Auch muss über die Begleitung des Ganztagesprozesses mit pädagogischen Mitarbeitern nachgedacht werden, damit der Prozess auch akzeptable Grundbedingungen erfährt. Ein weiteres generelles Problem, das es zu lösen gilt, ist die kontinuierliche Entwicklung, Betreuung und v.a. Finanzierung der EDV, die mit den Schulen strukturiert werden muss.

### **Zur Nachhaltigkeit im Themenfeld der Umwelt greife ich die beiden Felder Innenstadt und Verkehr auf**

Unserer Fraktion lag in dieser Legislaturperiode die Innenentwicklung am Herzen. Wenn man den derzeitigen Stand betrachtet kann nur teilweise Zufriedenheit aufkommen. Positiv ist, dass durch Zukauf Flächen gewonnen werden konnten und können. Allerdings fehlt weiterhin der Geist, der einst Architekt Heinz Rall, Bürgermeister Volk und die Räte in der Stadtsanierung zu bemerkenswerten Ergebnissen getrieben hat.

Zu schnell wird ein auch von Investoren getriebenes Vermarktungskonzept akzeptiert, ohne die Qualität eines Innenstadtkonzeptes an die erste Stelle zu setzen.

Andere Gemeinden und Städte beschäftigen externe Architekturbüros, die Standards einfordern, an die sich Bauherren zu halten haben. Dabei geht es beispielsweise auch zentral um Beratung bei Gestaltungsmerkmalen.

Ein wesentlicher Standard wäre aber auch, dass Gebäude in der Innenstadt demografiefest durch barrierefreie Bauweise gemacht werden und dass die Stadt die Realisierung von Nullenergiestandards durch Zuschüsse z.B. zum Flächenerwerb unterstützt. Auch sollte die Stadt durch intelligente Beratung die Umsetzung von Fotovoltaik auf Neubaudächern befördern. All dies wären beispielsweise Aufgabenfelder, die bearbeitet werden könnten.

Wir sind optimistisch, dass Qualität auch für unsere Innenstadtentwicklung ein unverzichtbarer Wert werden kann, sie kommt aber nicht von allein oder beim Zuschauen.

**Antrag: Entwicklung von Standards für die Innenstadtbebauung und Gestaltung und Beauftragung eines externen Büros mit diesem Aufgabenfeld. Einstellung von 50 000 €  
Förderprogramm für Nullenergiehäuser durch Zuschüsse auf den Flächenerwerb. Einstellung von 100 000 Euro**

Wenn Deutschland im Jahr 2050 CO<sub>2</sub>-neutral sein möchte, dann sind KW-60 Häuser keine Errungenschaft mehr und dann müssen wir in den Kommunen Wege finden diesen Prozess zu beschleunigen. Dabei sind einzelne Blockheizkraftwerke wichtig, aber auch nur kleinste Schritte in die richtige Richtung.

Auch die Entwicklung, so wie sie am Beispiel der Sonne-Post vorgesehen ist, ist in diesem Sinne kein nachhaltiges Stadtentwicklungsprojekt und sollte in dieser Weise nicht verfolgt werden. Wir sind gleichzeitig der Meinung, dass die Entwicklung von verdichtetem Qualitätswohnen in der Innenstadt andere Würfe bzw. Entwürfe benötigt.

Die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur muss ebenfalls nachhaltigen Leitlinien folgen. Beim Umbau der Heilbronner Straße/Marktstraße muss eine Radwegroute ausgewiesen werden. Dies war bereits ein Anliegen des vor Jahren, soll man sagen Jahrzehnten, für die Stadt erstellten Radwegekonzeptes. Auch muss es für gehbehinderte Menschen jederzeit möglich werden die Straße gut zu queren. Im Bereich des Rathauses muss eine Rampe zum Haupteingang ausgebildet werden und für die Öffnung des Herzogskelterbereiches hin zum Straßenraum muss es eine Lösung geben. Sollte die Finanzierung dafür im gegebenen Rahmen nicht ausreichen, ist eine Nachfinanzierung im Nachtragshaushalt zu sichern.

**Antrag: Eine Finanzierung von Radwegeinrichtung, Gehbehindertenzugang zum Rathaus über den Haupteingang und eine Öffnung des Bereichs Bank/Herzogskelter erhält eine Finanzierungszusage spätestens im Nachtragshaushalt**

Die ungenügende Verkehrsinfrastruktur mit miserablen Straßen und fehlender Stadtbahn ist keine Werbung für die Industriestandorte und das Wohnen im Zabergäu. Die häufig leeren Busse sind ein deutliches Zeichen für die Schwäche des ÖPNV. Entscheidungen für das Wohnen in attraktiveren städtischen Räumen wachsen, dies ist eine nicht zu unterschätzende Entwicklung für die Zukunft Güglingens.

Wir erwarten von der Verwaltung, dass die versprochene Diskussion zur Stadtbahn noch vor den Gemeinderatswahlen kommt. Der Antrag der BU wurde im Gremium bisher nicht behandelt, obwohl der Bürgermeister diese Diskussion mit dem Vorliegen des Gutachtens zum ÖPNV versprochen hatte.

Der demografische Wandel und die Sicherung der Arbeitsplätze im Zabergäu erfordern die Realisierung des Projekts.

- Wenn die Fachkräfte und das Arbeitskraftpotenzial fehlen, droht die Gefahr dass Betriebe den Potentialen hinterherziehen. Einnahmeverluste in Gemeinden und Landkreisen mit drastischen Folgen für Wohnumfeld, Wohnkultur und Lebensqualität wären die Folge und würden die Problematik weiter verschärfen.

Um für mögliche Neubürger, die Industrie und das Gewerbe Güglingens und den Tourismus attraktiv zu halten, muss primär das Qualitäts- nicht das Quantitätsbewusstsein geschärft werden. Dabei kommt es auf die Entwicklung lebenswerter Innenstadträume an. Mit Qualität könnten wir im Standortwettbewerb punkten und dies hätte dann auch einen stabilisierenden bzw. sichernden Einfluss auf der Einnahmenseite der Stadt.

Der Chef des Umweltbundesamtes Jochen Flasbarth rechnet uns vor, dass noch 6% Einsparpotential bei Kohlenstoffdioxid fehlen, um das ehrgeizige Ziel von 40% Treibhausgasreduktion zu erzielen. Das, so sagt er, ist nicht einfach, aber wenn wir unseren wie anfangs erwähnt satten Blick verlassen, dann können auch wir mit mehr Willen zu diesem Ziel beitragen. Die Maßnahmen auf dem Weg zu diesem Ziel, die wir priorisieren, verbessern die Lebens- und Wohnqualität. Wie sagte Flaßbarth „Frustrierte retten diese Welt nicht“ deshalb bin auch ich mitten in unserer Fraktion und gleichzeitig in der Minderheit im Gremium, Optimist. Wir wollen zumindest bis zu den Wahlen der Stachel im Fleisch bleiben.